



Niederschrift

**über den öffentlichen Teil der 5. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Kreistages
am 20.06.2007
in Bremervörde, Kreishaus, großer Sitzungssaal**

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzender Abg. Reinhard Brünjes
Landrat Hermann Luttmann
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Renate Bassen
Abg. Angela van Beek
Abg. Henri Blanken
Abg. Marcus Blanken
Abg. Ralf Borngräber
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer
Abg. Doris Brandt
Abg. Günter Brunkhorst
Abg. Rüdiger Bruns
Abg. Lütje Burfeindt
Abg. Heinz-Friedrich Carstens
Abg. Dirk Detjen
Abg. Klaus Dreyer
Abg. Hans-Heinrich Ehlen
Abg. Hans-Hermann Engelken
Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde
Abg. Reinhard Frick
Abg. Dr. Peter Fröhlich
Abg. Barbara Frömming
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Heinz-Dieter Gebers
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley
Abg. Ute Gudella-de Graaf
Abg. Friedhelm Helberg
Abg. Gerhard Holsten
Abg. Rolf Hüchting
Abg. Hans-Joachim Jaap
Abg. Hinrich Kackmann
Abg. Rudolf Kahrs
Abg. Karl-Hans Keller
Abg. Lühr Klee
Abg. Hans-Jürgen Krahn

Abg. Volker Kullik
Abg. Hartmut Leefers
Abg. Rolf Lüdemann
Abg. Klaus Mangels
Abg. Jan-Christoph Oetjen
Abg. Angelus Pape
Abg. Bernd Petersen
Abg. Marc Reuter
Abg. Claus Riebesehl
Abg. Helmut Ringe
Abg. Jürgen Rudolph
Abg. Joachim Schulz
Abg. Christian Sonnenwald
Abg. Detlef Steppat
Abg. Reinhard Trau
Abg. Elke Twesten
Abg. Manfred Wernecke
Abg. Bernd Wölbern

ab 9.35 Uhr

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühring
KR Sven Höhl
KVD Heinz Peimann
KVOR´in Heike Körner
KOAR Gerd Fricke
Frau Marianne Schmidt
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. André Beyer
Abg. Karlheinz Poredda

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung des Kreistages am 13.03.2007
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 6 Gemeinsamer Bericht des Landrates und der Gleichstellungsbeauftragten gemäß § 4 Abs. 8 NLO
Vorlage: 2006-11/0226

- 7** Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2005 für den Landkreis Rotenburg (Wümme)
- 7.1** Anregung nach § 17 c NLO vom 19.04.2006: Erweiterung des Windparks Wohnste
Vorlage: 2006-11/0197
- 7.2** Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2005 für den Landkreis Rotenburg (Wümme)
hier: Abschließende Beratung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 2006-11/0198
- 8** Kreismusikschule des Landkreis Rotenburg (Wümme) - Neufassung der Satzung über den Betrieb und die Nutzung der Kreismusikschule des Landkreises Rotenburg (Wümme) - Musikschulsatzung -
Vorlage: 2006-11/0148
- 9** Dreizehnte Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Entschädigung der ehrenamtlich Tätigen
Vorlage: 2006-11/0206
- 10** Änderung der Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur Regelung der Angelegenheiten des Jugendamtes; hier: Antrag der 'AG § 78 - Hilfe zur Erziehung' auf Sitz als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 2006-11/0208
- 11** Besetzung von Ausschüssen und Gremien
Vorlage: 2006-11/0215
- 12** Nds. Förderprogramm "Familien mit Zukunft - Kinder bilden und betreuen"
hier: Richtlinie des Nds. Sozialministeriums
Vorlage: 2006-11/0160
- 13** Richtlinie zur Förderung von Hortplätzen
Vorlage: 2006-11/0157
- 14** Richtlinie zur Förderung von Krippenplätzen
Vorlage: 2006-11/0158
- 15** Änderung der Verwaltungshandreichung 5.4 Förderung der jugendpflegerischen Arbeit
hier: Änderung Nr. 1.1 auf Anregung der Ev. luth. Kirchengemeinde Sittensen zur Förderung von Kindern im Alter von unter 6 Jahren
Vorlage: 2006-11/0159
- 16** Jugendhilfeplanung; hier: Ergebnis der Durchführung einer zweiten Elternbefragung zum Bedarf an Krippenplätzen und Tagespflege für unter Dreijährige; Anpassung des Ausbauplans gemäß § 24 a Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII
Vorlage: 2006-11/0164
- 17** Angemessenheit der Aufwandsentschädigungen für Vertreter des Landkreises Rotenburg (Wümme) in Unternehmen und Einrichtungen
Vorlage: 2006-11/0155
- 18** Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde gemäß § 23 Abs. 3 des Nieders. Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2006
Vorlage: 2006-11/0182

- 19** Beteiligung der Landkreise der Metropolregion Hamburg an der Hamburg Marketing GmbH
Vorlage: 2006-11/0202
- 20** Haushaltsüberschreitungen
- 20.1** Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 6598.950000 - Bau- und Planungskosten - Autobahnanschlussstelle Elsdorf mit Umgehungsstraße
Vorlage: 2006-11/0166
- 20.2** Außerplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 4820.783200 - Kostenerstattung Frauenhäuser nach § 36a SGB II
Vorlage: 2006-11/0167
- 20.3** Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 4821.786050 - Mehrbedarfe nach § 28 Abs. 1 Nr. 4 für nicht erwerbsfähige Behinderte
Vorlage: 2006-11/0168
- 20.4** Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 4050.710000 - Rückzahlung von Leistungen - Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende
Vorlage: 2006-11/0216
- 20.5** Unterrichtung
Vorlage: 2006-11/0165/1
- 21** Ernennung des Kreisbrandmeisters
Vorlage: 2006-11/0188
- 22** Ernennung des Abschnittsleiters Freiwilliger Feuerwehren, Brandschutzabschnitt Bremervörde
Vorlage: 2006-11/0187
- 23** Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Errichtung einer Fotovoltaik-Anlage auf der Umschlaganlage Helvesiek
Vorlage: 2006-11/0184/1
- 24** Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 17.04.2007: Barrierefreie Internetauftritte und -angebote des Landkreises
Vorlage: 2006-11/0217
- 25** Anfragen
- 26** Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Kreistagsvorsitzender Brünjes eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist. Die Abgeordneten Beyer und Poredda fehlen entschuldigt.

Er begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Kreistagsvorsitzender Brünjes erklärt, die zur Behandlung im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung vorgesehenen Tagesordnungspunkte 26.1 „Ernennung des Kreisbrandmeisters“ und 26.2 „Ernennung des Abschnittsleiters Freiwilliger Feuerwehren, Brandschutzabschnitt Bremervörde“ sollen vorgezogen und im öffentlichen Teil beraten werden. Er schlägt vor, diese als neue Punkte 21 und 22 der Tagesordnung zu behandeln.

Anschließend wird die Tagesordnung einstimmig in der vorstehenden neuen Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung des Kreistages am 13.03.2007**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 4. Kreistagssitzung am 13.03.2007 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

Seit der letzten Kreistagssitzung am 13.03.2007 sei der Kreisausschuss am 25.04.2007 und 06.06.2007 zu Sitzungen zusammengetreten. Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden. Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

1. Aus dem Schulgrundstück des KIVINAN-Bildungszentrum in Zeven werde eine unbebaute, nicht für schulische Zwecke genutzte Teilfläche von ca. 600 m² verkauft.
2. Im Rahmen der zwischen den Beteiligten geschlossenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung übernehme der Landkreis Rotenburg (Wümme) zum 01.07.2007 erneut die Interessenvertretung der in den vormaligen Einzugsbereichen der Tierkörperbeseitigungsanstalten Bargstedt und Rotenburg für die Tierkörperbeseitigung zuständigen 14 Kommunen (11 Landkreise, Stadt Delmenhorst sowie die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven).
3. Der Antrag der Samtgemeinde Selsingen auf Übernahme der im Rahmen einer Assoziierung mit dem ZVBN für das Jahr 2007 aufzuwendenden Finanzierungsbeiträge werde abgelehnt.
4. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) beteilige sich mit einem Anteil von 1/3 (maximal 35.471,67 €) für die Dauer von zunächst 2 Jahren an den Kosten der Verbesserung der Anbindung der Kaserne Seedorf an den ÖPNV im Landkreis.

5. Im Rahmen der Gewährung von Zuschüssen für Verkehrsicherheitsmaßnahmen erhielten die Gemeinden Helvesiek, Ostereistedt, Sittensen und Wilstedt für den Bau von Fußgängerdruckampeln jeweils einen Betrag in Höhe von 1/3 der Baukosten, max. jeweils 4.000 €.
6. Den Anträgen der Berufsbildenden Schulen Rotenburg (Wümme) auf Errichtung einjähriger Berufsfachschulen anstelle nicht verpflichtender Berufsgrundbildungsjahre in den Bereichen Elektrotechnik, Metalltechnik und Agrarwirtschaft sowie zur Beschulung in der Schulform BEK (Berufseinstiegsklasse) und zur nachträglichen Genehmigung der einjährigen Berufsfachschule Fahrzeugtechnik werde zugestimmt.
7. Der Umstrukturierung des Veterinäramtes (Zusammenlegung der Haupt- und der Nebenstelle am Standort Rotenburg) und der Verlegung der Bußgeldstelle des Straßenverkehrsamtes nach Bremervörde werde zugestimmt.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

1. Den Abgeordneten seien eine Übersicht über die Arbeitslosenzahlen für den Monat Mai 2007, der Haushaltsplan 2007 - der mittlerweile auch über die Internetseite des Landkreises abrufbar sei - sowie die zweite Ergänzungslieferung zur Kreisrechtssammlung mit dem Stand 01.06.2007 auf den Tisch gelegt worden.
2. Ebenfalls auf den Tisch gelegt worden sei eine Übersicht über die Eckdaten des Jahresabschlusses 2006.
3. Am 09.10.2007 veranstalte die Sparkasse Rotenburg-Bremervörde in ihrer Geschäftsstelle Am Pferdemarkt in Rotenburg (Wümme) eine Informationsveranstaltung mit einem Fachvortrag zur aktuellen Situation der Sparkassen. Hierzu würden die Mitglieder des Kreistages von der Sparkasse gesondert eingeladen.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Gemeinsamer Bericht des Landrates und der Gleichstellungsbeauftragten gemäß § 4 Abs. 8 NLO**
Vorlage: 2006-11/0226

Landrat Luttmann geht kurz auf den an die Abgeordneten nachgesandten Bericht ein. Unter anderem durch die sehr flexible Arbeitszeitregelung und die Möglichkeit des sog. Jobsharings trage der Landkreis zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Auch die Möglichkeit zur Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen werde unabhängig von Geschlecht und Beschäftigungsumfang eingeräumt. Die Vergütung orientiere sich ausschließlich an den übertragenen Aufgaben. Bei der Schulung von Führungsnachwuchskräften sei Wert auf eine paritätische Beteiligung von Frauen und Männern gelegt worden. Mit der Einrichtung der „BISS“ Beratungs- und Interventionsstelle sei das Beratungs- und Hilfsangebot für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder im Landkreis verstärkt worden. Die bestehenden Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie würden in größerem Maße von Frauen nachgefragt und genutzt.

Gleichstellungsbeauftragte Frau Schmidt führt aus, der Landkreis Rotenburg sei der erste Landkreis in Niedersachsen, der einen gemeinsamen Bericht des Landrates und der Gleichstellungsbeauftragten vorlege. Sie stellt ausführlich ihr umfangreiches Aufgabengebiet als Gleichstellungsbeauftragte in der Landkreisverwaltung dar. Hierzu geht sie unter anderem auf ihre Aktivitäten im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, das Mentoring-Programm zur politischen Nachwuchsförderung von Frauen und die Mitarbeit beim Projekt Balance-Familie-Beruf ein.

Ziel ihrer Arbeit sei es weiterhin, die Gleichstellung von Frauen und Männern voranzubringen.

Abg. Bargfrede dankt der Gleichstellungsbeauftragten und dem Landrat für die Vorlage des Berichts. Der Landkreis solle den eingeschlagenen Weg zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verfolgen.

Abg. Wölbern spricht die angestrebte stärkere Beteiligung von Frauen und deren Sichtweisen in der Gremien- und Projektarbeit sowie in Arbeitsgruppen an und sichert hierbei die Unterstützung seiner Fraktion zu.

Auch die **Abg. Twesten** dankt für die Vorlage des Berichtes. Zur Teilnahme von Frauen an Fortbildungsmaßnahmen möchte sie wissen, ob und in welchem Umfang Frauen bei der Teilnahme an auswärtigen Fortbildungsmaßnahmen Unterstützung für eine notwendige Kinderbetreuung gewährt werde.

Landrat Luttmann sagt eine Beantwortung der Frage mit dem Protokoll zu.

(Antwort zum Protokoll: In der Vergangenheit hat sich noch keine Notwendigkeit für derartige Unterstützungsmaßnahmen ergeben, weshalb es auch noch keine konkreten Vorgaben gibt. Ggf. müssten Einzelfallregelungen getroffen werden).

Abg. Rudolph nimmt ab 9.35 Uhr an der Sitzung teil.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2005 für den Landkreis Rotenburg (Wümme)**

Die Tagesordnungspunkte 7.1 und 7.2 werden zusammen beraten.

Abg. Kullik weist auf die vorangegangene Beratung der Angelegenheit im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Planung hin und spricht sich gegen die vorgesehene Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2005 aus. Nach seiner Kenntnis sei die Bevölkerung in Wohnste durchaus nicht uneingeschränkt für eine Erweiterung des Windparks. Die bei der Aufstellung des RROP erarbeiteten Ausschlusskriterien für die Ausweisung von Vorrangstandorten für Windenergie sollten nicht aufgeweicht werden. Ansonsten müsse mit weiteren Anträgen auf Ausweisung von Vorrangstandorten in bislang ausgeschlossenen Gebieten gerechnet werden. In die Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2005 sei von der Verwaltung viel Arbeit investiert worden. Insgesamt hätten 50 Anträge auf Ausweisung von Vorrangstandorten für Windenergie vorgelegen, von denen einige auch wegen des Ausschlusskriteriums „avifaunistischer Bereich“ nicht in das RROP aufgenommen worden seien. Letztlich habe man 6 Standorte neu aufgenommen, so dass der Landkreis jetzt insgesamt 16 Vorrangstandorte ausweise. Der Empfehlungsbeschluss im Fachausschuss sei denkbar knapp ausgefallen. Seinem darin unterbreiteten Kompromissvorschlag, das östliche Erweiterungsgebiet nur bis zu dem avifaunistisch wertvoll eingestuftem Bereich zu vergrößern, sei nicht zugestimmt worden, obwohl dieser auch vom Interessenvertreter der Umweltverbände unterstützt worden sei. Er halte es nicht für gut, allein wegen der Aufstellung von drei neuen Windkraftanlagen das RROP zu ändern. Die vorgelegten Gutachten zur Raumnutzung des Schwarzstorches sprächen zwar eher für eine Ausnahme vom Ausschlusskriterium „avifaunistischer Bereich“, ließen aber auch eine andere Auslegung zu. Kosten und Nutzen einer Erweiterung des Standortes Wohnste müssten genau abgewogen werden. Offenbar hätten die Samtgemeinde Sittensen und die Gemeinde Wohnste Interesse an einer Erweiterung, selbstverständlich habe der Investor einen Nutzen hiervon. Ein öffentliches Interesse könne er allerdings nicht erkennen. Der Landkreis habe eine besondere Verantwortung für den Naturschutz. Man mache sich gegenüber anderen Interessenten unglaubwürdig, wenn die bei der Aufstellung des RROP erarbeiteten Ausschlusskriterien jetzt aufgeweicht würden. Dies könne wie eine Gefälligkeitsplanung wirken. Er wiederholt seinen Kompromissvorschlag, das östliche Erweiterungsgebiet nur bis zu dem avifaunistisch wertvoll eingestuftem Bereich zu vergrößern. Damit sei ein Repowering der bereits bestehenden Anlagen nach wie vor möglich.

Abg. Hüchting moniert zunächst, dass die von der Verwaltung nachgesandten Gutachten zur Raumnutzung des Schwarzstorches den Abgeordneten nicht rechtzeitig zur Kreistagssitzung vorgelegen hätten. Für die Änderung des RROP spreche, dass vorhandene Windparks gestärkt werden und die Nutzung alternativer Energiequellen ausgeweitet werden müsse. Wegen der Belastungen für die Anwohner und der Belange des Vogelschutzes unterstütze er den vom Abg. Kullik eingebrachten Kompromissvorschlag. Sollte dieser aber im Kreistag keine Mehrheit finden, werde er für die vorgesehene Änderung des RROP stimmen, weil der Ausbau der Nutzung regenerativer Energiequellen im Vordergrund stehe.

Abg. Detjen führt aus, die Erweiterung des Windparks sei auf Initiative der Gemeinde Wohnste von der Samtgemeinde Sittensen beantragt worden. Das Vorhaben werde von den Bürgern in Wohnste akzeptiert. Lediglich Bürger aus dem benachbarten Landkreis Stade hätten sich gegen die vorgesehene Erweiterung ausgesprochen. Er bitte um Zustimmung zur Änderung des Raumordnungsprogramms.

Abg. Petersen spricht sich gegen die Erweiterung des Windparks aus. In die Aufstellung des Raumordnungsprogramms sei viel Arbeit investiert worden, die nun wegen eines Antrages aufgegeben werden solle. Ein Repowering der vorhandenen Anlagen sei möglich. Wenn die vom Kreistag festgelegten Kriterien jetzt aufgegeben würden steige die Wahrscheinlichkeit, dass auch weitere Windparkbetreiber ähnliche Anträge stellten. Deswegen lehne er die vorgesehene Erweiterung ab.

Abg. Pape weist auf die vorangegangene ausführliche Beratung im Fachausschuss hin. Die CDU-Fraktion werde der Erweiterung zustimmen.

Abg. Dr. Fröhlich erklärt, die FDP-Fraktion habe die behutsame Steuerung der Windenergie durch den Landkreis begrüßt. Nunmehr sollten im Windpark Wohnste drei Anlagen mit einer Gesamthöhe von jeweils 150 Metern entstehen. Durch diese sehr großen Anlagen würde eine gravierende Veränderung des Landschaftsbildes eintreten. Es sei nicht von der Hand zu weisen, dass im Falle einer positiven Entscheidung auch andere Betreiber anstreben könnten, Anlagen dieser Größe im Landkreis zu errichten. Der Investor verfolge sicherlich das Ziel, mehr Energie zu erzeugen. Fraglich sei, ob die von der Gemeinde verfolgten Interessen auch dem Bürgerwillen entsprächen. Er könne keinen Nutzen für das Gemeinwohl durch die Erweiterung erkennen. Schon der jetzige Zuschnitt des Windparks stelle eine Belastung für die Anwohner dar. Die Nutzung der Windenergie dürfe nicht die Lebensqualität der Bürger beeinträchtigen. Die FDP-Fraktion stimme gegen die Änderung des RROP und auch gegen den Kompromissvorschlag des Abg. Kullik.

Landrat Luttmann führt aus, der Landkreis habe der Nutzung der Windenergie in seinem Raumordnungsprogramm 2005 genügend Raum verschafft. Dennoch seien bereits Klageverfahren von Windenergieinteressenten anhängig. Der Kreistag müsse heute eine politische Entscheidung treffen. Anschließend geht er kurz auf den Ablauf zur Aufstellung des RROP 2005 ein. Der Windpark Wohnste sei bereits im RROP 1998 als Vorrangstandort ausgewiesen worden. Mit der jetzt vorgesehenen Änderung des Zuschnitts würde auch der vorgegebene Mindestabstand zur Wohnbebauung eingehalten. Der Landkreis habe aus Kostengründen nicht das gesamte Kreisgebiet auf avifaunistische Gebiete untersuchen lassen können, sondern auf bereits vorliegende Gutachten hierzu zurückgegriffen. Im vorliegenden Fall sei es möglich, von der absoluten Geltung des Ausschlussgebietes abzuweichen. Aus den aktuellen Untersuchungen ergebe sich, dass die tatsächliche Grenze des avifaunistisch wertvollen Bereichs weiter östlich verlaufe. Die Änderung des RROP bedeute noch nicht, dass auch automatisch neue Anlagen gebaut würden. Hier müsse sich noch ein Genehmigungsverfahren mit einer erneuten Bürgerbeteiligung anschließen. Der Landkreis sei auf Wunsch der Samtgemeinde Sittensen tätig geworden. Deswegen könne davon ausgegangen werden, dass die Mehrheit der Bürger in der Samtgemeinde für die Erweiterung sei. Zur vom Abg. Hüchting monierten nicht rechtzeitigen Zusendung der Gutachten führt er aus, dass er erst nach der Kreisausschusssitzung am 06.06.2007 gebeten worden sei, die Unterlagen an die Vorsitzenden der Fraktionen zu übersenden.

Abg. Klee fragt, von welcher Stelle die Nabenhöhe der Anlagen festgelegt werde.

Landrat Luttmann antwortet, diese Festlegung werde nicht vom Landkreis getroffen. Vielmehr werde dies den Gemeinden im Rahmen der Bauleitplanung überlassen.

Abg. Kullik weist nochmals darauf hin, dass nach seiner Ansicht eine Zustimmung des Kreistages zur Erweiterung des Windparks Wohnste weitere Anträge an ursprünglich wegen der festgelegten Ausschlusskriterien abgelehnten Standorten nach sich ziehen werde. Über die vorliegende Anregung nach § 17 c NLO von Bürgern aus Ahrensmoor müsse hinweggesehen werden. Die Bürger im benachbarten Landkreis Stade müssten die gleichen Belastungen hinnehmen, wie die unmittelbar im Landkreis Rotenburg Betroffenen. Deswegen solle dem Vorschlag der Verwaltung hierzu gefolgt werden. Hinsichtlich der Änderung des RROP halte er seinen Kompromissvorschlag aufrecht und bitte, diesem zuzustimmen.

Landrat Luttmann erklärt hierzu, die vorgesehene Änderung des Vorrangstandortes halte einen Mindestabstand von 1.000 Metern zur Wohnbebauung in Wohnste und Ahrensmoor ein.

Anschließend erfolgt die Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 7.1 über den vorliegenden Beschlussvorschlag zur Anregung nach § 17 c NLO.

Danach lässt **Kreistagsvorsitzender Brünjes** zu Tagesordnungspunkt 7.2 über den Kompromissvorschlag des Abg. Kullik, die Erweiterung des Windparks auf der östlichen Seite bis an die Grenze des avifaunistischen Bereichs zuzulassen, abstimmen.

Dieser Antrag wird mit 19 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Im Anschluss daran erfolgt die Abstimmung über den schriftlich vorliegenden Beschlussvorschlag zum Tagesordnungspunkt 7.2.

Punkt 7.1 der Tagesordnung: **Anregung nach § 17 c NLO vom 19.04.2006: Erweiterung des Windparks Wohnste**
Vorlage: 2006-11/0197

Beschluss:

Der Bürgerinitiative wird die in der Sitzungsvorlage dargelegte Stellungnahme mitgeteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	53
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7.2 der Tagesordnung: **Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2005 für den Landkreis Rotenburg (Wümme)**
hier: Abschließende Beratung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 2006-11/0198

Beschluss:

1. Der Kreistag stimmt der von der Verwaltung erarbeiteten Bewertung der eingegangenen Stellungnahmen zu.
2. Die Satzung über die Feststellung der Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2005 für den Landkreis Rotenburg (Wümme) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen: 19
Enthaltung: 1

Punkt 8 der Tagesordnung: **Kreismusikschule des Landkreis Rotenburg (Wümme) - Neufassung der Satzung über den Betrieb und die Nutzung der Kreismusikschule des Landkreises Rotenburg (Wümme) - Musikschulsatzung - Vorlage: 2006-11/0148**

Abg. Leefers bringt seine Freude darüber zum Ausdruck, dass es gelungen sei, die Kreismusikschule zu erhalten. In diesem Zusammenhang danke er auch der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde für deren Unterstützung. Er bitte um Zustimmung zur vorgelegten Neufassung der Satzung für die Kreismusikschule und weist auf die Bedeutung der Förderung der musikalischen Erziehung gerade für junge Leute hin.

Abg. Dreyer stimmt dem zu. Die Kreismusikschule müsse erhalten und unterstützt werden. Er geht noch kurz auf die vorangegangene Beratung im Ausschuss für Sport und Kultur ein. Die dabei empfohlenen Ergänzungen hinsichtlich der Vermietung von Instrumenten seien in den vorliegenden Entwurf eingearbeitet worden. Die SPD-Fraktion werde der Satzung zustimmen.

Beschluss:

Die im Entwurf vorliegende Neufassung der Satzung über den Betrieb und die Nutzung der Musikschule des Landkreises Rotenburg (Wümme) - Musikschulsatzung - wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 53
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Dreizehnte Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Entschädigung der ehrenamtlich Tätigen
Vorlage: 2006-11/0206**

Beschluss:

Die dreizehnte Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Entschädigung der ehrenamtlich Tätigen wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 53
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	53
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 12 der Tagesordnung: **Nds. Förderprogramm "Familien mit Zukunft - Kinder bilden und betreuen"**
hier: Richtlinie des Nds. Sozialministeriums
Vorlage: 2006-11/0160

Abg. Borngräber weist auf die einstimmigen Empfehlungsbeschlüsse zu den Tagesordnungspunkten 12 bis 16 der heutigen Kreistagssitzung aus dem Jugendhilfeausschuss und dem Kreisausschuss hin. Im Grundsatz weise das Förderprogramm „Familien mit Zukunft“ der Nieders. Landesregierung in die richtige Richtung. Der Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren sei besonders im Landkreis Rotenburg wichtig. In einer bundesweiten Untersuchung hierzu sei der Landkreis auf den hinteren Rängen zu finden gewesen. Es müsse dringend gehandelt werden, wenn die Umsetzung des Vorhabens ernst gemeint sei. Die vorgesehenen 300.000 Euro an Eigenmitteln des Landkreises seien durchaus erfreulich, aber es seien noch größere Anstrengungen notwendig. Von den vom Land zur Verfügung gestellten jährlich 25 Millionen Euro kämen 400.000 Euro jährlich in den Landkreis. Dies sei ein Einstieg, der aber weiter ausgebaut werden müsse. Es sei positiv, dass mit Unterstützung von Prof. Dr. Lukas jetzt die Grunddaten für die Fortschreibung des Bedarfs ermittelt worden seien. Im Gegensatz zur ersten Erhebung habe sich ein deutlich höherer Bedarf ergeben. Die SPD werde dies genau beobachten und sich regelmäßig nach dem Fortgang erkundigen.

Abg. Oetjen begrüßt die Absicht des Landkreises, sich mit der Einrichtung von Familienbüros und Kooperationskindergärten sowie der Qualifizierung von Tagesmüttern am Förderprogramm des Landes zu beteiligen. Natürlich könnten Krippen nicht in allen Orten im Landkreis gebaut werden, dies werde vorwiegend in den Grundzentren der Fall sein. Deswegen sei ein Ausbau der qualifizierten Tagespflege notwendig. Der bei der aktuellen Umfrage ermittelte höhere Bedarf an Krippenplätzen und Tagespflege sei nach seiner Ansicht nicht nur auf die Beteiligung von Prof. Dr. Lukas an der Elternbefragung, sondern auf eine verstärkte Sensibilisierung der Bevölkerung durch die Debatten auf Landes- und Bundesebene zurückzuführen. Der nun ermittelte Bedarf bewege sich im bundesweit festgestellten Rahmen. Der Landkreis werde selber keine Krippen bauen. Deswegen seien auch die kreisangehörigen Gemeinden gefordert, ihren Beitrag zu leisten. Hierzu müssten aber auch die finanziellen Mittel durch den Bund fließen. Die kommunale Ebene könne diese Aufgabe nicht allein bewältigen. Er bitte, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen. Alle Beteiligten müssten gemeinsam daran arbeiten, ein bedarfsgerechtes Angebot zu schaffen.

Abg. Frick erklärt, die im Jahr 2005 durchgeführte Elternbefragung zum Bedarf an Krippenplätzen und Tagespflege sei besonders von der SPD-Fraktion gerügt worden. Er habe diese Kritik so nicht nachvollziehen können. Jetzt sei eine neue Umfrage mit wissenschaftlicher Unterstützung erfolgt. Dafür hätte er sich ein Lob von Seiten der SPD für die Verwaltung gewünscht. Für die CDU/FDP-Gruppe spricht er den Dank an die Verwaltung aus. Er hoffe auf eine gute Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Gemeinden. Die Zahlen würden im Jugendhilfeausschuss laufend überprüft, um entsprechend reagieren zu können.

Abg. Hüchting meint, die einstimmigen Empfehlungsbeschlüsse aus dem Jugendhilfeausschuss und dem Kreisausschuss seien positiv. Aber es könne noch viel mehr getan werden. Die demographische Entwicklung sei bedenklich, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie müsse gefördert werden. Niedersachsen schneide beim Vergleich der Zahl der Krippenplätze besonders gegenüber den neuen Bundesländern schlecht ab. Er halte einen Rechtsanspruch auf beitragsfreie Krippenplätze für wichtig. Auch im Bereich der Kindertagesstätten

bleibe noch viel zu tun. Für den ländlichen Raum sei das von der Verwaltung erarbeitete Konzept zur Teilnahme am Förderprogramm des Landes ein guter Weg.

Zum Redebeitrag des Abg. Frick erklärt **Abg. Wölbern**, die SPD-Fraktion habe seinerzeit kritische Nachfragen zu der Umfrage gestellt. Gerügt worden sei das Verhalten des damaligen Landrates in dieser Angelegenheit.

Abg. Dreyer hofft, dass der Bund nun die finanziellen Voraussetzungen für den Ausbau der Kindertagesbetreuung schaffe. Für unverantwortlich halte er, dass das Land erst im Juli über ein beitragsfreies drittes Kindergartenjahr beschließen wolle. In den Gemeinden müsse bereits jetzt über die Erhebung der Beiträge entschieden werden. Das Jugendamt habe gute Arbeit geleistet, es bleibe aber noch viel zu tun. Zur Umsetzung des Vorhabens sei auch eine Abstimmung mit den Gemeinden notwendig.

Beschluss:

Der Landkreis beteiligt sich am Förderprogramm des Nds. Sozialministeriums „Familien mit Zukunft – Kinder bilden und betreuen“ nach Maßgabe beigefügter Richtlinie. Mit der Bewilligung des Landes werden die genannten Stellen zur Besetzung freigegeben. Mit dem Stellenplan 2008 werden die Stellen im Stellenplan ausgewiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	53
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 13 der Tagesordnung: **Richtlinie zur Förderung von Hortplätzen**
Vorlage: 2006-11/0157

Beschluss:

Der Richtlinie zur Förderung von Hortplätzen wird zugestimmt.
Die Richtlinie tritt rückwirkend zum 01.01.2007 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	53
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 14 der Tagesordnung: **Richtlinie zur Förderung von Krippenplätzen**
Vorlage: 2006-11/0158

Beschluss:

Die am 12.06.2003 vom Kreistag verabschiedete Richtlinie zur Förderung von Krippenplätzen tritt rückwirkend zum 01.01.2007 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 53
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 15 der Tagesordnung: **Änderung der Verwaltungshandreichung 5.4 Förderung der jugendpflegerischen Arbeit
hier: Änderung Nr. 1.1 auf Anregung der Ev. luth. Kirchengemeinde Sittensen zur Förderung von Kindern im Alter von unter 6 Jahren
Vorlage: 2006-11/0159**

Beschluss:

Die Verwaltungshandreichung zur Förderung der jugendpflegerischen Arbeit wird unter Nr. 1.1 im 5. Absatz wie in der Anlage beigefügt, ergänzt:

„Nach diesen Richtlinien werden Kinder, Jugendliche und Erwachsene im Alter bis einschließlich 27 Jahren gefördert, [...] .“

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 53
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 16 der Tagesordnung: **Jugendhilfeplanung; hier: Ergebnis der Durchführung einer zweiten Elternbefragung zum Bedarf an Krippenplätzen und Tagespflege für unter Dreijährige; Anpassung des Ausbauplans gemäß § 24 a Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII
Vorlage: 2006-11/0164**

Beschluss:

Der Ausbau eines bedarfsgerechten Angebots für die Betreuung von unter Dreijährigen im Landkreis Rotenburg (Wümme) ist entsprechend dem Ergebnis der Elternbefragung 2007 anzupassen und in jährlichen Ausbaustufen von 20% bis zum 01. Oktober 2010 umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 53
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 17 der Tagesordnung: **Angemessenheit der Aufwandsentschädigungen für Vertreter des Landkreises Rotenburg (Wümme) in Unternehmen und Einrichtungen**
Vorlage: 2006-11/0155

Landrat Luttmann weist darauf hin, dass Kreistagsvorsitzender Brünjes sowie die Abg. Bargfrede, Graf von Bothmer, Gajdzik, Holsten, Rudolph, Schulz und Sonnenwald, die der Kreistag als Vertreter des Landkreises in die betreffenden Unternehmen und Einrichtungen entsandt habe, in dieser Angelegenheit vom Mitwirkungsverbot nach § 21 der Nieders. Landkreisordnung betroffen seien.

Kreistagsvorsitzender Brünjes und die genannten Abgeordneten verlassen daraufhin den Sitzungsraum

Erste stellvertretende Kreistagsvorsitzende van Beek übernimmt die Sitzungsleitung.

Abg. Steppat erklärt, die WFB-Fraktion halte die von den Unternehmen und Einrichtungen an die Vertreter des Landkreises gezahlten Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder nicht für angemessen.

Beschluss:

Die Höhe einer angemessenen Aufwandsentschädigung für die Vertreterinnen und Vertreter des Landkreises in Unternehmen und Einrichtungen wird wie folgt festgesetzt:

<u>Ems-Weser-Elbe Versorgungs- und Entsorgungsverband:</u>	
Mitglieder der Verbandsversammlung je Sitzung	200,00 Euro (zzgl. Fahrtkosten und Verdienstaussfall)
Mitglied des Verbandsausschusses je Quartal	250,00 Euro (zzgl. Fahrtkosten und Verdienstaussfall)
zzgl. Sitzungsgeld	200,00 Euro
<u>Verkehrsgesellschaft Nord-Ost-Niedersachsen mbH (VNO)</u>	
Mitglieder der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates je Sitzung	80,00 Euro (zzgl. Fahrtkosten)
<u>Eisenbahnen- und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser-GmbH (EVB)</u>	
Jährliche Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates	1.025,00 Euro
zzgl. Sitzungsgeld	40,00 Euro

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 4
Enthaltung: 3

Die **Abgeordneten Bargfrede, Graf von Bothmer, Gajdzik, Holsten, Schulz und Sonnenwald** nehmen wieder an der Sitzung teil.

Landrat Luttmann und die **Abgeordneten Borngräber, Dreyer, Klee und Oetjen** verlassen den Sitzungsraum.

Punkt 18 der Tagesordnung: **Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde gemäß § 23 Abs. 3 des Nieders. Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2006**
Vorlage: 2006-11/0182

Beschluss:

Dem Verwaltungsrat der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde wird gemäß § 23 Abs. 3 des Nieders. Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	46
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Landrat Luttmann, Kreistagsvorsitzender Brünjes und die **Abg. Borngräber, Dreyer, Klee, Oetjen** und **Rudolph** nehmen wieder an der Sitzung teil.

Kreistagsvorsitzender Brünjes übernimmt die Sitzungsleitung.

Punkt 19 der Tagesordnung: **Beteiligung der Landkreise der Metropolregion Hamburg an der Hamburg Marketing GmbH**
Vorlage: 2006-11/0202

Abg. Schulz beantragt, den Tagesordnungspunkt bis zur nächsten Kreistagssitzung zu vertragen. Es solle zunächst in den Fachausschüssen über die grundsätzliche Ausrichtung des Landkreises beraten werden. Eine einseitige Orientierung nach Hamburg halte er nicht für gut. Auch die Metropolregion Bremen-Oldenburg dürfe nicht außer Acht gelassen werden. Hier bestehe noch Diskussionsbedarf.

Abg. Graf von Bothmer spricht sich dagegen für einen Beitritt zur Hamburg Marketing GmbH aus. Es handele sich zunächst um ein Angebot zum Testen, mit dem der Landkreis in einen Markt eintreten könne, zu dem er bisher keinen Zugang gehabt habe. Die Stadt Hamburg verfüge über Kontakte zum Ausland, die auch für den Landkreis von Nutzen sein könnten. Hierfür seien 10.500 Euro jährlich ein relativ kleiner Betrag. Nach seiner Ansicht könne auch die Stadt Hamburg von einer Beteiligung der Landkreise der Metropolregion profitieren. Allerdings müsse sich der Landkreis Rotenburg mit eigenen Ideen und Vorstellungen einbringen.

Zum Einwand des **Abg. Dreyer**, der Abg. Schulz habe einen Antrag zur Geschäftsordnung gestellt, über den vor einer weiteren Behandlung des Tagesordnungspunktes hätte abgestimmt werden müssen, schließt sich eine kurze Aussprache an.

Hieran beteiligen sich **Kreistagsvorsitzender Brünjes, Landrat Luttmann**, sowie die **Abg. Graf von Bothmer** und **Borngräber**. Dieser schlägt vor, zunächst über den Antrag des Abg. Schulz abzustimmen, auch wenn dieser nicht als Antrag zur Geschäftsordnung bezeichnet gewesen sei.

Nachdem hierzu im Kreistag Einvernehmen besteht, lässt **Kreistagsvorsitzender Brünjes** über den Antrag des Abg. Schulz, die Angelegenheit nach vorangegangener Beratung in den Fachausschüssen in der nächsten Kreistagssitzung zu behandeln, abstimmen.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Abg. Sonnenwald spricht sich gegen eine Beteiligung des Landkreises an der Hamburg Marketing GmbH aus. Es sei kein Nutzen erkennbar und von daher nicht akzeptabel, dafür rund 21.000 Euro aufzuwenden, während im Sozialbereich Förderanträge wegen fehlender Mittel abgelehnt würden. Auch die vorgeschlagene Deckung der Mehrausgaben durch allgemein zu erwartende Mehreinnahmen könne nicht überzeugen. Er vermisse nach wie vor ein schlüssiges Konzept der Verwaltung dazu, wie und mit welchen Inhalten sich der Landkreis über die Marketing GmbH präsentieren wolle. Die SPD-Fraktion werde einer Beteiligung nicht zustimmen.

Abg. Bargfrede meint, der Landkreis habe sich seinerzeit nach eingehender Beratung für eine Zugehörigkeit zur Metropolregion Hamburg entschieden. Dies schließe aber die Pflege und den Ausbau der Beziehungen zur Stadt Bremen nicht aus, z. B. im Rahmen einer Beteiligung am ZVBN. Er spricht sich für eine Beteiligung des Landkreises an der Hamburg Marketing GmbH aus. Die Möglichkeit internationaler Werbung könne eine Chance für den Mittelstand und die Schaffung neuer Arbeitsplätze bedeuten.

Dem hält **Abg. Dreyer** entgegen, die Stadt Hamburg werbe z. B. auf Briefstempeln für die Metropole Hamburg, nicht für die Metropolregion. Er meint, die Landkreise sollten für die Beteiligung an der Gesellschaft zahlen, Hamburg profitiere davon. Der Landkreis sei seinerzeit der Metropolregion Hamburg beigetreten um auch an Fördermittel der EU zu gelangen. Es sei fraglich, ob dies gelungen sei. Auch die ablehnende Haltung der Stadt Hamburg zu einer Erweiterung des HVV in den Landkreis Rotenburg spreche nicht für einen Beitritt. Dagegen stehe die Stadt Bremen einer Erweiterung des VBN offen gegenüber.

Abg. Hüchting vertritt die Ansicht, dass bei einer Beteiligung des Landkreises hierfür auch eine konkrete Zuständigkeit innerhalb der Kreisverwaltung festgelegt werden müsse.

Abg. Wölbern erklärt, weder der vorliegenden Präsentation noch der Sitzungsvorlage ließen sich Vorteile für den Landkreis durch den Beitritt zur Hamburg Marketing GmbH entnehmen. Überdies erscheine es unseriös, dass der zunächst vorgesehene Beitrag von 50.000 Euro auf 10.000 reduziert werde. Mögliche Nachteile für den Landkreis im Falle einer Ablehnung des Beitritts würden nicht konkret benannt. Zu den Gremien der Hamburg Marketing GmbH fragt er nach deren Zusammensetzung und ob der Vertreter des Landkreises bereits gemeldet sei.

Abg. Graf von Bothmer erklärt, Marketing bedeute auch Ideen zu entwickeln. Diese müssten vom Landkreis erarbeitet und über die Marketing GmbH weitergeführt werden. Hiermit müsse sich speziell die Wirtschaftsförderung in der Landkreisverwaltung beschäftigen. Die Frage nach einem konkreten Nutzen könne erst nach dem Beitritt beantwortet werden.

Landrat Luttmann erklärt, der Landkreis Rotenburg (Wümme) habe sich seinerzeit für eine Mitgliedschaft in der Metropolregion Hamburg entschieden. Es treffe zu, dass der HVV einer Erweiterung in den Landkreis ablehnend gegenüber stehe, aber einen Beitritt zum VBN werde es auch nicht zum Nulltarif geben können. In der Vergangenheit seien aus der gemeinsamen Landesplanung Hamburg-Niedersachsen mehr Mittel in den Landkreis geflossen, als von hier Arbeit investiert worden sei. Er halte es zumindest für fraglich, ob dies bei einer Orientierung nach Bremen vergleichbar gewesen wäre. Der Hamburger Bürgermeister von Beust habe eine Beteiligung der Landkreise an der sehr erfolgreich arbeitenden Marketing GmbH vorgeschlagen. Basis sei dabei zunächst eine Beteiligung von jährlich 50.000 Euro je Landkreis gewesen. Man habe dann Gespräche geführt mit dem Ziel, den Beitrag zu reduzieren und eine Ausstiegsklausel vorzusehen. Schließlich hätten sich die Landräte der beteiligten Landkreise auf einen Beitritt zur Marketing GmbH verständigt. Er sehe die möglichen Vorteile einer Beteiligung vor allem in einer überregionalen Pressearbeit und –präsenz sowie einem internationalen Marketing. Deswegen solle der Landkreis Rotenburg (Wümme) der Hamburg Marketing GmbH zunächst für zwei Jahre beitreten. Sollte kein Nutzen erkennbar

sein, sei ein Ausstieg möglich. Im Falle einer Fortführung würde die Beteiligung dann vermutlich teurer werden.

Abg. Borngräber meint, er könne noch immer keinen Vorteil für den Landkreis aus einem Beitritt erkennen. Wenn Beihilfen im Sozialbereich aufgrund fehlender Mittel versagt und andererseits ca. 21.000 Euro ohne einen konkreten Nutzen ausgegeben würden, mache man sich unglaublich.

Abg. Schulz bringt noch einmal sein Anliegen zum Ausdruck, es müsse ein Konzept erarbeitet werden, wie sich der Landkreis regional positionieren und vernetzen könne.

Abg. Dr. Fröhlich meint, hier gehe es um die Vermarktung des Landkreises Rotenburg (Wümme). Dies sei der Sitzungsvorlage zu entnehmen. Auch die vorgesehenen Instrumente würden genannt. Lediglich der konkrete Nutzen der Beteiligung könne noch nicht eingeschätzt werden. Er halte die Angelegenheit für entscheidungsreif.

Abg. Sonnenwald erklärt, die SPD-Fraktion spreche sich nicht gegen Marketing-Maßnahmen aus. Sie lehne aber die Beteiligung an der Hamburg Marketing GmbH ab, weil die Verwaltung keine klare Aussage gegeben habe, was der Landkreis für die 21.000 Euro bekomme. Spätestens zur heutigen Sitzung hätte ein schlüssiges Konzept für die Beteiligung vorgelegt werden sollen.

Abg. Twesten meint, der Input des Landkreises in die Marketing GmbH müsse stimmen. Hierzu müssten im Landkreis entsprechende Strukturen geschaffen und Konzepte erarbeitet werden. Danach könne über eine Beteiligung des Landkreises erneut beraten werden.

Beschluss:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) tritt der Hamburg Marketing GmbH als Gesellschafter bei und erwirbt einen Gesellschafteranteil in Höhe von einem Prozent (1.000,- Euro). Der Landkreis zahlt einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von ca. 10.500,- Euro im Jahr. Der Beitritt erfolgt zunächst befristet für zwei Jahre.

Den außerplanmäßigen Ausgaben bei den Haushaltsstellen 9000.930000 (Erwerb von Beteiligungen der Hamburg Marketing GmbH) über 1.000,00 € und 7910.716000 (Betriebskostenzuschuss Hamburg Marketing GmbH) über 10.500,00 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	21
Enthaltung:	0

Punkt 20 der Tagesordnung: Haushaltsüberschreitungen

**Punkt 20.1 der Tagesordnung: Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 6598.950000 - Bau- und Planungskosten - Autobahnanschlussstelle Elsdorf mit Umgehungsstraße
Vorlage: 2006-11/0166**

Abg. Helberg erklärt, die SPD-Fraktion werde der überplanmäßigen Ausgabe zustimmen, weil die BAB-Anschlussstelle Elsdorf nur mit einer Umgehungsstraße realisiert werden könne. Die SPD habe sich für die weiträumigere Planung der Ortsumgehungen ausgesprochen mit dem Ziel, auch die Stadt Zeven besser an die Autobahn anzubinden. Bisher sei auf kommunaler Ebene nur die Finanzierung der Planungskosten gesichert. Für die weiteren Kosten gebe es noch kein Konzept. Die Zuschussanträge müssten weiter verfolgt werden.

Nicht nur die Planung auch der Bau der Anschlussstelle und der Ortsumgehung müsse gewährleistet sein.

Abg.Oetjen erklärt, die Anschlussstelle Elsdorf sei von großer Bedeutung für den Landkreis. Für deren Realisierung müssten alle Beteiligten zusammenarbeiten.

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 6598.950000 (Bau- und Planungskosten) in Höhe von 30.000,00 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei den Haushaltsstellen 6522.362000 und 6598.362000.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	3

Punkt 20.2 der Tagesordnung: **Außerplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 4820.783200 - Kostenerstattung Frauenhäuser nach § 36a SGB II**
Vorlage: 2006-11/0167

Beschluss:

Der außerplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 4820.783200 (Kostenerstattung Frauenhäuser nach § 36 a SGB II) in Höhe von 20.000,00 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei der Haushaltsstelle 4820.783000.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	53
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 20.3 der Tagesordnung: **Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 4821.786050 - Mehrbedarfe nach § 28 Abs. 1 Nr. 4 für nicht erwerbsfähige Behinderte**
Vorlage: 2006-11/0168

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 4821.786050 (Mehrbedarfe nach § 28 Abs. 1 Nr. 4 für nicht erwerbsfähige Behinderte) in Höhe von 20.000,00 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei der Haushaltsstelle 4821.786000.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 53
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 20.4 der Tagesordnung: **Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 4050.710000 - Rückzahlung von Leistungen - Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende**
Vorlage: 2006-11/0216

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 4050.710000 (Rückzahlung von Leistungen) in Höhe von 15.948,46 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 9000.041010 (Schlüsselzuweisung).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 53
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 20.5 der Tagesordnung: **Unterrichtung**
Vorlage: 2006-11/0165/1

Die Frage des **Abg. Dreyer**, ob der angegebene Deckungsvorschlag bei der Genehmigungs-Nr. 71/2006 sich auf das Gesamtergebnis im Verwaltungshaushalt beziehe, wird von **Kreisrat Höhl** bejaht.

Der Kreistag nimmt von den eingetretenen Haushaltsüberschreitungen Kenntnis.

Punkt 21 der Tagesordnung: **Ernennung des Kreisbrandmeisters**
Vorlage: 2006-11/0188

Beschluss:

Der bisherige Kreisbrandmeister Jürgen Lemmermann wird mit Wirkung vom 01.07.2007 erneut zum Kreisbrandmeister ernannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 53
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 22 der Tagesordnung: **Ernennung des Abschnittsleiters Freiwilliger Feuerwehren, Brandschutzabschnitt Bremervörde**
Vorlage: 2006-11/0187

Beschluss:

Der bisherige Abschnittsleiter Hans-Jürgen Behnken wird mit Wirkung vom 01.07.2007 erneut zum Abschnittsleiter Freiwilliger Feuerwehren, Brandschutzabschnitt Bremervörde, ernannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 53
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 23 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Errichtung einer Fotovoltaik-Anlage auf der Umschlaganlage Helvesiek**
Vorlage: 2006-11/0184/1

Abg. Wölbern begrüßt, dass der Antrag seiner Fraktion nach einstimmigen Empfehlungsbeschlüssen im Fachausschuss und im Kreisausschuss nun auch im Kreistag behandelt werde.

Beschluss:

1. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) stellt das Dach der Umschlaganlage – analog der Stadt Rotenburg (Wümme) beim Projekt „ROSI“ – Investoren, die eine Fotovoltaikanlage betreiben wollen, zur Verfügung.
2. Gelingt dieses nicht, werden die seinerzeit angestellten Planungen und Berechnungen zum Bau einer Fotovoltaikanlage auf dem Dach der Umschlaganlage in Helvesiek aktualisiert und einer erneuten Prüfung unterzogen.
3. Im Falle, dass ein wirtschaftlicher Betrieb der Anlage möglich ist, baut und betreibt der Landkreis Rotenburg (Wümme) eine Fotovoltaikanlage selbst.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 52
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 0

Punkt 24 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 17.04.2007: Barrierefreie Internetauftritte und -angebote des Landkreises**
Vorlage: 2006-11/0217

Kreistagsvorsitzender Brünjes erklärt, der Antrag werde entsprechend § 7 Abs. 5 der Geschäftsordnung behandelt und nach mündlicher Begründung durch den Antragsteller ohne Aussprache an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abg. M. Blanken begründet den Antrag für die SPD-Fraktion. Die baulichen Voraussetzungen für einen Zugang von Menschen mit Behinderungen zu den Kreishäusern seien gegeben. Aber auch der Internetauftritt und Internetangebote des Landkreises müssten den Anforderungen an eine Barrierefreiheit entsprechen. Mittlerweile sei auf Landesebene ein neuer Entwurf eines Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in den Landtag eingebracht worden. Auch vor diesem Hintergrund solle der Landkreis bereits jetzt die notwendigen Voraussetzungen für barrierefreie Internetangebote schaffen.

Kreistagsvorsitzender Brünjes erklärt, für den Internetauftritt des Landkreises sei keine originäre Zuständigkeit eines Fachausschusses gegeben. Er schlage deshalb eine Verweisung des Antrages an zur weiteren Behandlung an den Kreisausschuss vor.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 17.04.2007 zu barrierefreien Internetauftritten und –angeboten des Landkreises wird zur weiteren Behandlung an den Kreisausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	53
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 25 der Tagesordnung: Anfragen

Landrat Luttmann erklärt, die schriftlichen Anfragen der Abg. Bruns zum Thema Schulpflichtverletzungen und M. Blanken zur Schülerbeförderung seien den Abgeordneten mit den dazu ergangenen schriftlichen Antworten auf den Tisch gelegt worden.

Weiter habe der Abg. Sonnenwald in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 05.06.2007 angefragt, ob der Landkreis beabsichtige, für das Planverfahren der Y-Trasse eine Beratungsstelle einzurichten. Dies sei zur Zeit nicht beabsichtigt.

Abg. Dreyer spricht angekündigte Kürzungen im ÖPNV an. Er möchte wissen, ob dem Landkreis bekannt sei, dass eine Ausdünnung des ÖPNV-Angebotes auf der Bahnstrecke Rotenburg-Bremen geplant sei. Nach seinen Informationen sei vorgesehen, die Verstärkungszüge morgens und abends wegfällen und an Wochenenden die Züge nur noch im Zwei-Stunden-Takt verkehren zu lassen. Er bitte die Kreisverwaltung, sich zu informieren und ggf. zu intervenieren.

Landrat Luttmann sagt dies zu.

Abg. Wölbern fragt, ob der Vertreter der Landkreise für die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat der Hamburg Marketing GmbH schon benannt worden sei.

Landrat Luttmann antwortet, die beteiligten Landkreise hätten sich darauf verständigt, dass Herr Landrat Bordt vom Landkreis Harburg deren Vertretung in den Gremien übernehmen solle.

Abg. Hüchting spricht eine von ihm gestellte schriftliche Anfrage zu Reinigungsleistungen in den Schulen an. Hierauf habe er zwar bereits eine schriftliche Antwort erhalten, er möchte aber noch ergänzend wissen, in welchem Umfang dem Landkreis aus den kreiseigenen Schulen Einzelbeschwerden über mangelhafte Reinigungsleitungen bekannt geworden seien.

Landrat Luttmann sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Abg. Sonnenwald fragt, wann mit einem aktuellen Bericht über die Fortschreibung des Jugendhilfeplans zu rechnen sei. Speziell zur Empfehlung Nr. 3 "Vernetzung von Jugendkonferenzen". Dies vor dem Hintergrund, dass in der Samtgemeinde Bothel die Einrichtung einer solchen Konferenz geplant sei. Ausserdem möchte er wissen, wann mit der Aktualisierung der in einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorgestellten Zeitschiene zu rechnen sei.

Landrat Luttmann sagt eine Beantwortung mit dem Protokoll zu.

(Anmerkung zum Protokoll: Eine schriftliche Antwort ist als Anlage zu TOP 25 beigefügt.)

Abg. Kullik fragt nach den Planungskosten für die Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms. Er möchte wissen, ob diese Kosten beziffert werden können und eine Weitergabe an die einzelnen Investoren möglich sei.

Landrat Luttmann antwortet, eine Bezifferung der Kosten sei schwierig. Es handle sich im wesentlichen um Personalkosten und Portokosten. Nach seiner Kenntnis fehle es auch an einer Rechtsgrundlage für eine mögliche Weitergabe der Kosten.

(Ergänzung zum Protokoll: Die Kosten obliegen dem Träger der Regionalplanung. Eine rechtliche Grundlage dafür, die Kosten in besonders gelagerten Fällen auf Investoren eines raumbedeutsamen Projekts als „Veranlasser“ zu verlagern, existiert nicht.)

Punkt 26 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Nachdem keine Einwohnerfragen gestellt werden, beendet **Kreistagsvorsitzender Brünjes** den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung.

Die Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

Kreistagsvorsitzender
(außer TOP 17 und 18)

1. stellv. Kreistagsvorsitzende
(zu TOP 17 und 18)

Landrat

Protokollführer